

Mexiko: die Auszehrung der Regierung Fox; eine Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie?

Maihold, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maihold, G. (2004). *Mexiko: die Auszehrung der Regierung Fox; eine Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie?* (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444362>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 20

29. Oktober 2004

ISSN 1437-6148

Mexiko: Die Auszehrung der Regierung Fox – eine Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie?

Günther Maihold

Seit seinem umjubelten Wahlsieg im Jahre 2000, der die Ablösung der 71 Jahre andauernden Herrschaft der „Partei der Institutionellen Revolution“ (PRI) in Mexiko bedeutete, ist es Präsident Fox (PAN – Partido Acción Nacional) nicht mehr gelungen, jene bereite Unterstützung zu mobilisieren, die den Umschwung ermöglicht hatte. Viele Hoffnungen auf einen neuen Politikansatz sind in der nun vierjährigen Regierungszeit enttäuscht worden, die Erwartungen an einen Neuanfang jenseits der etablierten Wege von politischer Einflussnahme und klientelistischer Bindung haben sich nicht erfüllt. Das von Fox zusammengestellte Kabinett vermag keine „Mannschaftsleistung“ zu erbringen, und der Präsident selbst sieht sich offensichtlich nicht in der Lage, Kohärenz in der Regierungsarbeit herzustellen. Die Regierung leidet unter Auszehrung und Ineffektivität und erscheint in vielen Politikbereichen nur beschränkt handlungsfähig; aber auch die Parteien und das Parlament können sich derzeit nicht als handlungsfähige Alternative darstellen. Politische Ränkespiele dominieren und erwecken bereits zwei Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen den Eindruck, als stünden diese im nächsten halben Jahr bevor. Die politische Elite treibt damit Raubbau an der nach wie vor prekären demokratischen Kultur des Landes und beschädigt die unter großen Anstrengungen gewonnene demokratische Institutionalität des Landes.

Ist die Regierung Fox am Ende?

Seit den Zwischenwahlen im Jahre 2003, die der Opposition eine Mehrheit im Kongress sicherte, ist Präsident Vicente Fox – in Termini der US-amerikanischen Politik – eine *lame duck*. Eine Bilanz seiner Regierungsarbeit zeigt den Verlust an Handlungsspielraum angesichts entgegengesetzter Mehrheiten im Kongress und der Unfähigkeit, Kompromisse herbeizuführen. Nicht ohne Grund ist daher gefordert worden, die für 2006 anstehenden Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, um eine handlungsfähige Regierung bestimmen zu können. Das schwache Kabinett, das sich immer mehr auf jene unmittelbare Gruppe

von Personen konzentriert, die Fox bereits als Gouverneur in Guanajuato verbunden waren, ist nicht in der Lage, tragfähige Konzepte vorzulegen, Schwerpunkte zu setzen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Angesichts der starken Tradition des Präsidentialismus in Mexiko wird diese Konstellation von der Bevölkerung schnell als Systemkrise empfunden.

„Mexiko erlebt eine unvollständige Transition mit einer uneffektiven Demokratie und der Schwächung des Präsidentenamts dadurch, dass sich die Orientierungen der Exekutive fortlaufend ändern und es an Respekt gegenüber der präsidentiellen Autorität fehlt.“ Mit dieser Zustandsbeschreibung

bung des Landes durch den Sprecher des mexikanischen Episkopats wird aus einer bislang wenig verdächtigen Position heraus eine fundamentale Kritik am Zustand der mexikanischen Demokratie formuliert. Doch die Defizitliste endet nicht an diesem Punkt: Der Legislative werden Unbeweglichkeit sowie Unwille zum Konsens für notwendige Strukturreformen vorgeworfen, die Regierung wird wegen unzureichender Koordination ihres Handelns kritisiert, und die Medien werden für ihre Einwirkung auf das politische Geschehen getadelt, da sie letztlich die politische Agenda, ihre Zeithorizonte und Prioritäten definieren würden. Die aktuelle Situation des Landes, so der Prälät Abelardo Alvarado, sei geprägt durch Vertrauensverlust in die Politik angesichts schwacher Führungspersönlichkeiten, Fraktionierung und Krise der Parteien sowie fehlender Glaubwürdigkeit der staatlichen Institutionen. Daraus leite sich die Gefahr einer Nostalgie für „unsere autoritäre Vergangenheit und die Suche nach einer anderen Regierung ab, die nicht mehr das ‚Weiter so‘ repräsentiere“.

Doch gerade diese Kontinuität möchte Präsident Fox bewahren, für ihn ist sie Ausweis der Bindung an die institutionelle Tradition des Landes. In seinem jüngsten Bericht zur Lage der Nation am 1. September 2004 bat er daher nur um eine „Waffenruhe“, um gemeinsam Übereinkünfte zu erreichen – ein Angebot, das wenig Echo bei der Opposition fand. Sein Ausruf: „Wir haben die Stärke und die Energie, um voranzukommen. Das Beste kommt erst noch!“, verhalte in einer Gesellschaft, die nach letzten Umfragen zu 68% der Auffassung ist, dass dem Präsidenten die Kontrolle über die Staatsgeschäfte entgleite. Obwohl nach wie vor 44,8% seine Regierungsführung unterstützen, scheinen sich die Hinweise darauf zu verdichten, dass in zentralen Punkten der wirtschaftlichen Entwicklung, der Außenpolitik und der Beziehung zu den politischen Kräften des Landes die Kluft zwischen Präsident und Wählerschaft beständig wächst.

Der Versuch einer Profilierung der Regierungsarbeit im Bereich der inneren Sicherheit hat bislang wenig Erfolg gezeitigt. Mit einem Schweigemarsch von rund einer Million Menschen in der Hauptstadt am 27. Juni 2004 ist das Thema der öffentlichen Sicherheit zentral in die politische Agenda vorgedrungen. Trotz einer Bundespolizei von 10.000 Kräften und 350.000 Polizisten der Bundesstaaten und Kommunen hat sich die Zahl an Entführungen mit Lösegeldforderungen deutlich erhöht. Der Präsident sah sich in der Folge gezwungen, einen Zehn-Punkte-Plan vorzulegen, der dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung

Rechnung tragen soll. Allerdings ist Vicente Fox auch in dieser Frage auf die Kooperation mit den Gouverneuren der Bundesstaaten und dem Kongress angewiesen, die sich – nimmt man die durchaus positive Erfahrung der Nationalen Steuerkonvention (*Convención Nacional Hacendaria*) aus – nur sehr begrenzt erfolgreich darstellt.

Auch der unlängst zurückgetretene Privatsekretär des Präsidenten beklagte die konfrontative Haltung seines ehemaligen Chefs gegenüber dem Kongress, die die Möglichkeiten der Verhandlung und für politische Vereinbarungen massiv reduziert habe. Damit seien die Grundlagen für eine starke Amtsführung aufgegeben worden, zumal es innerhalb des Kabinetts an Disziplin und Koordination gefehlt habe und sich die einzelnen Ministerien beinahe autonom entwickeln könnten. Mit der Ausrichtung auf eine von tagesaktuellen Ereignissen bestimmte Popularität würde der Eindruck erweckt, eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit garantiere auch eine ebensolche Regierungspolitik.

Mit dieser internen Kritik sind die Schwachpunkte der Regierungsführung durch Präsident Fox klar beschrieben, ohne dass ein Wandel erkennbar geworden wäre. Auch die vom Verteidigungsminister formulierte Befürchtung, „die Nation könnte uns aus den Händen gleiten“, wirft ein Schlaglicht auf die Gefahren, die aus der Auszehrung der Regierung Fox entstehen können. Wichtige Strukturreformen wie etwa im Energiesektor oder der Steuergesetzgebung sind angesichts des Widerstandes im Kongress nicht vorangekommen und lähmen die Weiterentwicklung des Landes.

Die politische Auseinandersetzung kann sich angesichts der gegenseitigen Blockade von Regierung und Kongress zunehmend auf die Straße verlagern und sich damit einer institutionellen Bearbeitung entziehen. Diese Gefahr ist nicht nur abstrakter Natur, sie folgt aus den Strategien der Parteien und der geringen Anerkennung der parlamentarischen Gremien. Die Oppositionsparteien PRI und PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) zumindest folgen durchaus dieser Maxime, wenn – wie im Falle der PRI – zwar vom „Parlament aus regiert werden soll“, aber politische Gegenpositionen durch Mobilisierung der entsprechenden Interessengruppen in Gestalt von Demonstrationen massiv bestärkt werden. Für die im Kongress weitgehend auf sich allein gestellte PRD liegt der Weg zu einer populistisch orientierten Strategie unmittelbar nahe, um ihren Positionen zu größerer Sichtbarkeit zu verhelfen. Dabei scheinen alle Gruppen der Fehleinschätzung anheim zu fallen, mit der Mobilisierung von „Mas-

sen“ würden auch Mehrheiten gesichert. Den Schaden tragen die Institutionen, die als ineffektiv und weitgehend inoperabel angesehen werden.

Kann eine Staatsreform die Krise der Regierbarkeit lösen?

Die Blockade der politischen Kräfte im Parlament, die stark umkämpften letzten Gouverneurswahlen in den Bundesstaaten Oaxaca und Veracruz sowie die schwache Amtsführung von Präsident Vicente Fox haben in Mexiko das Thema der Regierbarkeit auf der Basis einer Staatsreform erneut in den Vordergrund treten lassen. Kritisch wird dabei angemerkt, dass im Jahre 2000 zwar ein Wechsel im Präsidentenamt vollzogen wurde, dass es aber dem neuen Amtsinhaber nicht gelungen ist, auch die politische Macht zu gewinnen. Dies ist nicht zuletzt auf die vertane Zeit der ersten vier Jahre von Fox' Präsidentschaft zurückzuführen, in denen er sich nicht um ein neues Gleichgewicht zwischen den politischen Institutionen bemühte, sondern meinte, kraft seiner persönlichen Autorität sich nicht um parlamentarische Mehrheiten kümmern zu müssen. Die Unfähigkeit der Regierung, angemessene Beziehungen zum Parlament herzustellen, sowie der hohe Grad an Konfrontation haben die Chancen zur Umsetzung eines neuen politischen Designs auf demokratischer Grundlage eingeschränkt. Dies gilt nicht zuletzt für die Probleme des mexikanischen Föderalismus, der nicht ohne Grund als Rückzugsbastion des mexikanischen Autoritarismus angesehen wird. In einzelnen Bundesstaaten und Kommunen hat sich eine demokratische politische Kultur nicht verfestigen können, vielmehr wurde der alte Apparat für den Schutz bestehender Interessen genutzt. Auf dieser Grundlage kann weder die Regierung Wahlerfolge in der Provinz für sich nutzen, noch kann die Opposition damit ihre Rolle konsolidieren; statt dessen vollzieht sich eine Balkanisierung der Macht, die zu größerer Erstarrung als Reformneigung führt.

Forderungen nach einer authentischen Staatsreform beziehen sich daher auf die Förderung staatsbürgerlichen Engagements, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, Zusammenfassung aller Wahltermine (um den Verschleiß durch dauernde Wahlkämpfe zu vermindern) sowie die Möglichkeit zur Wiederwahl für Abgeordnete und Bürgermeister. Gleichzeitig werden die Einführung einer zweiten Runde bei Präsidentschaftswahlen, plebiszitäre Elemente wie Referenden sowie die Sicherung von Regierbarkeit durch Einführung der Figur eines Kabinettschefs vorgeschlagen. Allerdings sind diese Vorschläge bislang auf

wenig Gegenliebe bei Präsident Fox gestoßen, der – obwohl er im Jahre 2001 noch eine grundlegende Verfassungsreform gefordert hatte – den Schwerpunkt auf die Bewahrung der Institutionen, Dauerhaftigkeit in der öffentlichen Politik und Stabilität der Amtsführung legen möchte. Die Chancen auf eine Umsetzung sind damit recht gering, der mexikanische Staat bleibt so weiterhin unverändert: Nach 71 Jahren PRI-Herrschaft gelingt es nicht, das Machtmonopol der PRI im bürokratischen Apparat aufzubrechen. Der Zeitenwechsel des Jahres 2000 entpuppt sich als einfache Auswechslung des politischen Führungspersonals ohne Strukturreform.

Skandale und Parteienkrise – und am Ende doch wieder die PRI?

Dies eröffnet insbesondere jener Position in der aus dem Amt gedrängten PRI eine größere Anhängerschaft, die die Niederlage aus dem Jahre 2000 als „Betriebsunfall“ verstehen will. In dieser Sicht der Dinge besteht kein interner Reformbedarf, vielmehr begreift sich die PRI als die geborene Regierungspartei, die auch im Jahre 2006 wieder dort anknüpfen könne, wo sie im Jahre 2000 aufgehört habe.

Das mexikanische Dreiparteiensystem, das für PRI und PAN von einem festen Wählerpotential von jeweils 30 bis 35% und für die PRD von 15% geprägt ist, scheint trotz des Aufkommens neuer politischer Kräfte weiterhin Bestand zu haben. Allerdings sind die zentrifugalen Kräfte in allen Parteien gewachsen, das Vertrauen der Wähler in die Parteien schrumpft weiter: sie liegen in Umfragen nur vor der Polizei und den Abgeordneten auf drittletzter Stelle. Das Phänomen des *desencanto* (Enttäuschung) mit Mexikos neuer Demokratie nährt sich insofern nicht nur aus dem Niedergang der Regierung Fox, sondern auch aus der von Korruption und internem Wahlbetrug geprägten politischen Kultur der Parteien. Die wachsende Zahl an Nichtwählern und Wahlenthaltung deutet darauf hin, dass sich das mexikanische Wahlregime immer mehr von der etablierten Parteienstruktur abwendet, ohne neue Optionen aufnehmen zu wollen. Die Perspektiven einer stärkeren Parlamentarisierung des Regierungssystems erscheinen unter dieser Perspektive nicht besonders verheißungsvoll.

Nicht zuletzt hat die lang anhaltende Unsicherheit über eine mögliche Präsidentschaftskandidatur der *First Lady* Martha Sahagún die Medien und damit auch die politische Auseinandersetzung bestimmt. Präsident Fox wurde durch diese Debatte persönlich geschwächt, bis sich seine Gattin am 12. Juli 2004 zu der Erklärung

entschließen konnte, dass sie nicht als Kandidatin zur Verfügung stehen werde. Zunehmend wirkte sie als Belastung für die Amtsführung des Präsidenten, wie auch der Privatsekretär von Vicente Fox bei seinem Rücktritt in einem offenen Brief bestätigte. Seine Warnung vor dynastischen Tendenzen in der Regierung verstärkte die öffentliche Einschätzung der Martha Sahagún immer zugeschriebenen Rolle als „Macht hinter dem Präsidentensessel“. Gleichwohl wird trotz der Verzichtserklärung eine aktive politische Rolle der *First Lady* für die Zukunft nicht ausgeschlossen.

Als „Telenovela von Tlaxcala“ ist die Nominierung des PRD-Kandidaten für die im November anstehende Gouverneurswahl in diesem Bundesstaat bezeichnet worden: Der gegenwärtige Amtsinhaber konnte in der lokalen Parteistruktur mit einer internen Wahl erfolgreich seine Ehefrau als Kandidatin durchsetzen, eine Entscheidung, die nicht zuletzt angesichts der Kritik der PRD an einer möglichen Präsidentschaftskandidatur von Martha Sahagún, der Ehefrau von Präsident Fox, die PRD-Führung in eine schwierige Lage brachte. Nach einer Statutenreform der Partei, die eine Kandidatur von Verwandten von Amtsinhabern grundsätzlich ausschloss, schien der Konflikt gelöst, allerdings hob das Oberste Wahlgericht diese Satzung auf, so dass die Kandidatin zu den Wahlen antreten kann.

Auch in der PRI hat sich ein Maß an internem Konflikt artikuliert, das nach dem Erfolg des Duos von Roberto Madrazo als Parteichef und Elba Esther Gordillo als Generalsekretärin und Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus nicht erwartet worden war. Beide werden eher dem traditionalistischen Lager der „Dinosaurier“ zugerechnet. Allerdings gewannen ihre persönlichen Ambitionen eine solche Dynamik, dass der Generalsekretärin, die während ihrer kurzen Zeit als Fraktionsvorsitzende eine enge Allianz mit Präsident Fox aufbaute, deutlich der Austritt aus der Partei nahegelegt wurde. Damit steht für Madrazo der Weg für eine Präsidentschaftskandidatur offen, was nur durch dramatische Einbrüche bei den noch ausstehenden Wahlen beeinträchtigt werden könnte. Das Finanzproblem der Partei, gegen die eine Geldbuße von 100 Millionen Euro wegen des Verstoßes gegen Regelungen der Parteienfinanzierung verhängt worden war, sollte jedoch nicht einen entscheidenden Nachteil im Kampf um das Präsidentenamt darstellen, kann die Partei doch auf einen eingespielten und nach wie vor funktionsfähigen Apparat zurück greifen. Dessen Reichweite in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche darf

nicht unterschätzt werden. Das Zusammenwirken mit den Interessen der PAN musste jüngst insbesondere die PRD bzw. der in den Umfragen als möglicher Präsidentschaftskandidat führende Bürgermeister der Hauptstadt Andrés Manuel López Obrador (PRD) bitter zur Kenntnis nehmen.

Mexiko im Vorwahlkampf – alle gegen einen?

El mañanero heißt ein Programm des Frühstücksfernsehens in Mexiko, in dem bezeichnenderweise ein Clown namens Brozo als politischer Moderator auftritt. Am 3. März 2004 führte er in seiner Sendung dem PRD-Fraktionsvorsitzenden in der Stadtversammlung, einem engen Mitarbeiter des Bürgermeisters López Obrador, ein Video vor, das ihn bei der Entgegennahme großer Mengen von Bargeld von dem argentinischen Unternehmer Carlos Ahumada zeigte. Ahumada ist nicht nur Auftragnehmer der Stadtverwaltung; seine Lebensgefährtin ist zudem die Amtsvorgängerin von López Obrador, die PRD-Politikerin Rosario Robles. Dem ersten Video, das Ahumada an das Licht der Öffentlichkeit zerterte, folgte eine bis heute andauernde Schlamm-schlacht mit Videoaufzeichnungen, die den Bürgermeister und seine Amtsführung nicht in ein gutes Licht stellen (sollen). Es überrascht nicht, dass seine bis dahin hohe Anerkennung bei der Bevölkerung von 41% im Februar 2004 auf 27% im Mai abrutschte. Dem Land wurde damit eine neue Dimension der Ausschlichtung des Korruptionsthemas beschert, das in weiteren Episoden bis zu Videoaufzeichnungen der Spielleidenschaft des Stadtkämmerers in Las Vegas reichte.

Eine weitere Etappe stellt die Auseinandersetzung über die Aufhebung der Immunität des Bürgermeisters López Obrador dar, die auf nationaler Ebene den politischen Konflikt zwischen der Regierungspartei PAN und der oppositionellen PRD noch weiter angeheizt hat. Falls der Kongress dem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgeben sollte, könnte López Obrador zumindest zeitweise von seinem Amt suspendiert werden, um sich in einem Verfahren zur Verhandlung der Anklage einer Nicht-Beachtung einer richterlichen Anordnung zu verantworten. Sollte er dabei für schuldig befunden werden, könnte damit auch eine Aberkennung des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Ämter verbunden sein. Es muss nicht verwundern, dass diese Perspektive für eine juristische „Beseitigung“ des in den Umfragen führenden Kandidaten für das Präsidentenamt den konkurrierenden Parteien PRI und PAN durchaus genehm wäre. Andererseits nutzte jedoch López Obrador mit einer öffentlichen Kampagne und

einer massiven Demonstration von 500.000 Personen in Mexiko-Stadt diese Konfrontation, um sich als „Held“ im Kampf gegen das vom Präsidentenamt aus koordinierte Establishment in Gestalt des „Parteienkartells aus PRI und PAN“ präsentieren zu können.

Diese Konfrontation wird noch verstärkt durch die jüngst eingeleitete Reform des Artikels 122 der Verfassung, der die Einbeziehung der Bundeshauptstadt in die Dezentralisierung des Erziehungswesens beinhaltet; in der Folge würden dem Bürgermeister in Zukunft € 500.000 bis € 1 Mrd. weniger aus dem Finanzausgleich zur Verfügung stehen. Damit wäre der fiskalische Handlungsspielraum der Hauptstadt bis zu den Wahlen massiv eingeschränkt, Finanzmittel für die populären Sozialprogramme wären nicht mehr verfügbar. Diese Reform, die von der PRD als Versuch der „fiskalischen Strangulierung“ der Hauptstadtverwaltung durch die Allianz von PRI und PAN bezeichnet wird, steht in der Gefahr, das Bild eines Kampfes von David gegen Goliath noch weiter zu verstärken. Innerparteilich haben diese Skandale den Rückzug von Cuauhtémoc Cárdenas, dem Parteigründer und dreimaligen Präsidentschaftskandidaten, von allen Parteiämtern zur Folge gehabt, so dass sich seine Chancen auf eine erneute Kandidatur deutlich verringert haben.

Auch innerhalb der anderen Parteien ist der Vorwahlkampf voll entbrannt: Innerhalb der PAN stehen sich mit dem Innenminister Santiago Creel, dem (vorzeitig) aus dem Amt gedrängten Energieminister Felipe Calderón, dem Senator Carlos Medina und dem Fraktionsvorsitzenden Francisco Barrio vier Kandidaten gegenüber, von denen wohl nur Creel ernsthafte Chancen besitzen dürfte. Mit dem Ausscheiden der Präsidentengattin Martha Sahagún aus dem politischen Rennen scheint die Perspektive für die PAN zur Verteidigung des Wahlsiegs aus dem Jahre 2000 jedoch sehr beschränkt, da sie bei den noch bevorstehenden Wahlen in Tamaulipas, Sinaloa, Puebla, Tlaxcala und dem wahltaktisch zentralen Bundesstaat Mexiko wenig Chancen auf einen Erfolg haben dürfte. Insbesondere ist gegenwärtig nicht absehbar, dass es der PAN gelingen würde, jene 30% unentschiedene Wähler auf ihre Seite zu bringen, die sich im Jahre 2000 gerade angesichts der Perspektive eines Wechsels in der Regierungsverantwortung für diese Partei entschieden hatten.

Außenpolitik vor einem Scherbenhaufen

Auf einer Fülle von Feldern seiner auswärtigen Beziehungen befindet sich Mexiko heute in einer

schwierigen Lage: Die Regierung vermag nicht deutlich zu machen, welche Rolle das Land international zu spielen beabsichtigt, und die Amtsführung von Außenminister Luis Ernesto Derbez hinterlässt einen mehr als unglücklichen Eindruck. Die diplomatische Offensive des Landes, die den Beginn der Amtszeit von Präsident Fox charakterisierte, scheiterte im bilateralen Verhältnis zu den USA an den Folgen des 11. September 2001, die Mexiko von der außenpolitischen Agenda des Nachbarlandes rutschen ließ. In den darüber hinaus reichenden Versuchen, Mexiko international in der Rolle einer Mittelmacht zu profilieren, wurden angelaufene Initiativen abgebrochen und unter den Vorbehalt der Expansion wirtschaftlicher Chancen gestellt, traditionelle Verbindungen litten unter mangelnder Aufmerksamkeit und Pflege.

Am 26. Juli 2004 konnten die Botschafter Kubas und Mexikos wieder auf ihre Posten in Mexiko-Stadt und Havanna zurückkehren. Damit wurde ein einstweiliger Schlussstrich unter die schweren Spannungen zwischen zwei Ländern gezogen, die traditionell eine enge Verbundenheit gepflegt hatten. Konfliktpunkte waren zum einen das mexikanische Votum gegen Kuba im UN-Menschenrechtsausschuss, die ausstehende Begleichung der kubanischen Schulden in Höhe von US\$ 400 Mio. bei der Staatsbank *Bancomex* sowie die Rolle Kubas bei der Festnahme und Auslieferung des argentinischen Unternehmers Carlos Ahumada, der in Mexiko an der Bestechungsaffäre von Mitarbeitern des Bürgermeisters López Obrador beteiligt war. Die Mehrzahl der Punkte ist weiterhin ungeklärt. In der Folge ist auch in Zukunft zu befürchten, dass minimale Anlässe das bilaterale Verhältnis, das für die mexikanische Innenpolitik wegen der traditionellen Legitimation der PRI und der PRD über ihre privilegierten Beziehungen zu Kuba von zentraler Bedeutung ist, erneut stören können.

Auch der mit viel öffentlichem Getöse angekündigte Beitritt Mexikos zum Mercosur erwies sich als Pleite: Außenminister Ernesto Derbez hatte die Vollmitgliedschaft Mexikos im Mercosur angekündigt, ohne dass den beteiligten Nationen deutlich geworden wäre, wie dies angesichts des hohen gemeinsamen Außenzolls des Mercosur umsetzbar wäre. So war es wegen des ausstehenden Freihandelsabkommens zwischen Mexiko und dem Mercosur beim Gipfeltreffen in Puerto Iguazú/Argentinien für Präsident Fox nur möglich, eine Mitgliedschaft als assoziiertes Land zu erreichen, die lediglich eine politische Beteiligung vorsieht. Insofern erwies sich dieser Versuch Mexikos, seine Beziehungen zu Südamerika auf eine

neue Grundlage zu stellen, als unzureichend vorbereitet und damit letztlich kontraproduktiv. Insbesondere die Beziehungen zu Argentinien sind nach wie vor gespannt, so dass auf absehbare Zeit keine positiven Impulse zu erwarten sind.

Nach einer jüngsten Umfrage des *Latinobarómetro* lässt sich eine dramatische Verschlechterung des Bildes der USA in Mexiko feststellen: So fiel die positive Bewertung der USA durch die mexikanische Bevölkerung von 72% im Jahre 2000 auf 41% im Jahre 2004, eine Entwicklung, die den nördlichen Nachbarn angesichts der Probleme im Bereich der Grenzsicherheit, illegaler Immigration und des Drogengeschäftes nicht unberührt lassen kann. Dieser wachsende Anti-amerikanismus in Mexiko mag auch auf zu große Erwartungen an Präsident Fox begründet sein, der seine guten Beziehungen zu George W. Bush für eine Verbesserung des Lebensstandards sowohl in Mexiko als auch der rechtlichen Situation der 6 Millionen illegal in den USA lebenden Mexikaner einsetzen wollte. Allerdings sind die bisherigen Initiativen weithin erfolglos geblieben: Präsident Bush unternahm bisher keine Anstrengungen, seinen Vorschlag einer veränderten Migrationspolitik in den Kongress einzubringen, und in den Debatten des US-amerikanischen Wahlkampfes sprach er sich deutlich gegen jegliche Amnestie aus. Von der mexikanischen Regierung sind keine weiteren Initiativen ausgegangen, die geeignet gewesen wären, die gegenwärtigen migrantenfeindlichen Tendenzen in den USA einzugrenzen. Der Druck auf die US-Grenze durch die Migration hält unvermindert an; 410.000 Personen sollen im vergangenen Jahr illegal in die USA eingewandert sein. Pro Tag werden 2000 bis 5000 Menschen im Grenzgebiet von der *border patrol* festgenommen und nach Mexiko überstellt. Der von der mexikanischen Regierung mit den US-Behörden vereinbarte Einsatz von Gummigeschossen mit Pfeffergas gegen die Migranten hat naturgemäß die mexikanische Öffentlichkeit massiv erregt. Obwohl die Regierung den Einsatz dieser Waffen in nur 234 Fällen einräumte, machte dieser Vorfall erneut deutlich, wie prekär die Lage des Landes und wie begrenzt seine Handlungsfähigkeit gegenüber dem Bedürfnis der USA nach Grenzsicherung einzuschätzen ist.

Trotz dieser mageren Bilanz, die nicht zuletzt durch die Ereignisse des 11. September 2001 bedingt ist, scheint man im mexikanischen Außenministerium auf eine weitere Amtszeit der Regierung Bush zu hoffen, da diese als einzige in der Lage sein werde, dem republikanisch dominierten Kongress doch noch Zugeständnisse in

der Migrationsfrage abzurufen. Die inzwischen auf 21 Millionen angewachsene Zahl mexikanischer Staatsbürger in den USA hat sich nicht nur zu einem innenpolitischen Faktor an ihrem neuen Wohnort entwickelt, sondern wirkt auch auf die Gesellschaft Mexikos ein. Dabei fungiert sie nicht nur als Resonanzraum innenpolitischer Konflikte, sondern die Emigranten haben sich auch zu einem massiven Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über die Geldüberweisungen aus den USA (*remesas*) ist für Mexiko zwischen Januar und Juli 2004 ein Devisenvolumen von US\$ 41 Mrd. entstanden, was in etwa dem Zinsvolumen der mexikanischen Auslandsschuld entspricht.

Bringt die wirtschaftliche Entwicklung neue Impulse?

Mexiko konnte im Jahre 2003 den ersten Platz in Lateinamerika als Zielland ausländischer Direktinvestitionen erlangen, indem es US\$ 10 Mrd. anziehen konnte. Für das Jahr 2004 wird ein Wirtschaftswachstum von 4% erreicht, das zwar gegenüber der Ziffer von 1,5% im Vorjahr eine deutliche Verbesserung aufweist, aber immer noch weit von der vom Präsidenten versprochenen Wachstumszahl von 7% pro Jahr entfernt liegt. Nicht zuletzt haben die hohen Erlöse aus dem Erdölverkauf die Einnahmen des Landes deutlich verbessert. Allerdings verlor das Land im Jahre 2003 seinen Rang als zweitgrößter Lieferant für die USA an die Volksrepublik China und konnte trotz seiner Freihandelsabkommen mit 42 Ländern mit Zugang zu 920 Millionen Konsumenten seine Märkte kaum diversifizieren. Mexikos Bindung an die Wirtschaft der USA bleibt die maßgebliche Größe für die Entwicklung im eigenen Land.

Im Jahre 2004 zeichnet sich erstmals wieder eine Aufwärtsbewegung in der *Maquila*-Industrie ab, in der während der Jahre 2001-2003 rund 240.000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren. US\$ 3 Mrd. an Neuinvestitionen im *Maquila*-Bereich werden für dieses Jahr erwartet, 130.000 Arbeitsplätze sollen dadurch neu entstehen. Damit wird ein Strukturwandel in der Lohnveredelungsindustrie sichtbar, der nicht zuletzt auf die im Rahmen des NAFTA-Abkommens vereinbarten Ursprungsregeln zurückzuführen ist, die bestimmte Produkte in Mexiko nicht mehr konkurrenzfähig machten. Das neue Profil beinhaltet vor allem den Bereich der Automobilindustrie, Haushaltsgeräte und medizinischen Produkte, die auch weiterhin wegen der Nähe zum US-Markt vor allem an der Nordgrenze gefertigt werden. Im Jahr 2004 werden damit 1,2 Millionen Arbeitnehmer in diesem Industriesektor tätig sein, der für 46% der

Exporte des Landes bestimmend ist. Das Wachstumsmodell Mexikos auf Basis der *Maquila*-Industrie könnte somit vor einer Neuauflage stehen, die sicherlich nicht an die Dynamik der 1990 Jahre anknüpfen können wird, aber zumindest wieder Impulse für die nationale Wirtschaft auszulösen vermag. Allerdings bleibt weiterhin unklar, wie Mexiko bei diesem Industrialisierungsmodell eine größere Fertigungstiefe und einen höheren Anteil nationaler Inputs erreichen kann, um die nationale Wertschöpfung zu steigern.

Vergangenheitsbewältigung als Legitimationsreserve

Spät, für viele Bürger zu spät, hat sich die Regierung des Themas der Vergangenheitsbewältigung angenommen. Mit der Einsetzung einer *Sonderstaatsanwaltschaft für soziale und politische Bewegungen der Vergangenheit* durch Präsident Fox hat die Aufarbeitung des so genannten „Schmutzigen Krieges“ der Jahre 1968 bis 1979 begonnen. Damit bleibt der Präsident auch hinter seiner eigenen Ankündigung im Wahlkampf zurück, eine Wahrheitskommission berufen zu wollen, die die Menschenrechtsverletzungen während des PRI-Regimes aufarbeiten sollte. Die neue Staatsanwaltschaft soll insbesondere die Regierungszeit des Präsidenten Luis Echeverría Álvarez (1970-1976) ins Blickfeld nehmen, die auch durch jüngste Veröffentlichungen über die Ereignisse im Gefolge der Niederschlagung der Studentenrevolte von 1968 erneut breites Interesse gefunden hat. Diese Initiative stieß auf den Widerstand der PRI, die – nicht zu Unrecht – darauf hinwies, dass diese Verbrechen verjährt seien und keinen Völkermord darstellten. Ex-Präsident Echeverría gelang es, vor Gericht erfolgreich seine Festnahme und die seiner Mitarbeiter zu verhindern, so dass sich die Verfahren noch lange Zeit hinziehen werden und in den Verdacht geraten, eher als Pfand in der politischen Auseinandersetzung eingesetzt zu werden. Zudem legt die zeitliche Nähe dieser Gerichtsent-

scheidung zur Verabschiedung der Reform der Sozialversicherung im Parlament mit Zustimmung der PRI eine solche Interpretation nahe. Bemerkenswert ist jedoch angesichts der traditionell apolitischen Rolle des mexikanischen Militärs, dass Verteidigungsminister General Ricardo Vega García explizit das Wort ergriff und zur Versöhnung angesichts der Beteiligung des Militärs an diesen Vorfällen aufrief. Damit tritt ein zusätzlicher Akteur in die politische Arena, der das Handeln der Regierung in dieser Frage nicht einfacher gestalten dürfte.

Ohnedies dürfte die späte Beschäftigung der Regierung und der Staatsanwaltschaft mit der Verletzung von Menschenrechten in der Vergangenheit nur sehr beschränkt dazu geeignet sein, der angeschlagenen Regierung und ihrem Präsidenten jenen politischen Schub zu geben, der für eine erfolgreiche Beendigung der Präsidentschaft notwendig wäre. Vielmehr steht zu befürchten, dass sich mit der Ausweitung der wahlpolitisch motivierten Konflikte der Handlungsspielraum noch weiter einschränken wird und der von den politischen Leerstellen der Regierungsarbeit eröffnete Raum von anderen Akteuren besetzt werden wird. Zu diesen werden sicherlich die Repräsentanten jenes mexikanischen Autoritarismus gehören, der das Land lange Jahre regierte, es sicherlich auch in Teilen noch beherrscht und von der Regierung Fox nicht erfolgreich zurück gedrängt wurde. Fox hat den von ihm verkörperten demokratischen Aufbruch nicht zugunsten der mexikanischen Gesellschaft und zum Nutzen einer Konsolidierung der Demokratie eingesetzt, sondern durch sein kurzsichtiges und unerfahrenes Agieren diesem Interesse einen schlechten Dienst erwiesen. Die kommenden Wahlen werden somit wieder zu einer Bewährungsprobe für die mexikanische Gesellschaft, um das von der politischen Elite des Landes vom Kurs abgebrachte Schiff der mexikanischen Demokratie in der Fahrinne demokratischer Konsolidierung zu halten.

Quellen:

La Jornada (diverse Ausgaben).

La Reforma (diverse Ausgaben).

IV. Informe de Gobierno (www.presidencia.gob.mx).

Für Umfragedaten: Consulta Mitofsky (www.consulta.com.mx).

Autorennotiz:

Dr. Günther Maihold ist Stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) / Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Zuvor war er Direktor des Iberoamerikanischen Instituts / Stiftung Preußischer Kulturbesitz (IAI/SPK) in Berlin.

E-Mail: Guenther.Maihold@swp-berlin.org

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte, Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

LATEINAMERIKA JAHRBUCH 2004

Herausgegeben von
**Klaus Bodemer, Detlef Nolte
und Hartmut Sangmeister**

Aufsätze:

Stephan Scheuzger

„What is left?“

Zur historischen Entwicklung und gegenwärtigen Situation der Linken in Lateinamerika

Norbert Lösing

Scheitert der Rechtsstaat an Lateinamerika? Ein Überblick über die rechtsstaatliche Entwicklung der letzten Jahre

Kai Ambos und Ezequiel Malarino

Die Polizei im lateinamerikanischen Rechtsstaat. Eine vergleichende Untersuchung.

Beate Ratter

Karibische Integrationsbemühungen. Ein Lehrstück für die Globalisierung

Entwicklungen in Ländern und Regionen:

Länderchronologien 2003, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Frankfurt a. M.: Vervuert 2004, 385 S., ISSN 0943-0318, ISBN 3-86527-123-5

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglaci 8, 20354 Hamburg Tel. 040 / 41 47 82 01 / Fax: 41 47 82 41
E-Mail: publications@iik.duei.de Internet: <http://www.duei.de/iik>